

Der DGB-Bundeskongress ist eine Chance

Von Ulrike Eifler

→ **Dieser Beitrag ist eine Antwort auf das Interview »[Erwarten Sie nicht zuviel von den Gewerkschaften?](#)« mit [Andreas Buderus](#) von der Initiative »Sagt nein! Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden!«, erschienen in der *jungen Welt* vom 6.5.2026.**

Die gesellschaftliche Entwicklung steht an einem Wendepunkt. Dieser zeigt sich in der wachsenden Kriegsgefahr ebenso wie in der Bereitschaft zum Widerspruch – auch in den Gewerkschaften: Die IG Metall Würzburg bietet Beratungen zur Kriegsdienstverweigerung an. In Bayern reicht die GEW Klage gegen das Bundeswehr-Förderungsgesetz ein. Verdi Baden-Württemberg ruft zur bundesweiten Friedensdemonstration auf, der ehemalige IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel sogar zur Teilnahme an der Londoner Friedenskonferenz. Und die Vertrauensleute bei Ford, Volkswagen und ZF sprechen sich gegen Rüstungsproduktion aus.

Diese Aktivitäten sind ein wichtiger Anfang und reichen dennoch nicht aus. Notwendig wären Proteste, die die Sozialangriffe in den Kontext der Kriegsvorbereitungen stellen. Die Ohnmacht muss überwunden werden. Menschen müssen spüren, dass sie etwas ausrichten können – gegen Sozialabbau und Kriegsangst. Weil Debatten und Beschlüsse auf dem DGB-Bundeskongress darüber entscheiden werden, wie sich die Gewerkschaften in den nächsten Jahren aufstellen, will die Initiative »Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg« dort für friedenspolitische Positionen streiten. Wir haben uns mit einem Brief an die Delegierten gewandt und werden uns an der Debatte beteiligen.

Zu einem anderen Vorgehen hat sich die Initiative »Sagt nein! Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden!« entschieden. In einem Interview in der *jW* erklärt ihr Vertreter Andreas Buderus, dass sie sich nicht in die Debatten einbringen werden, sondern vor dem Kongressgebäude eine Dauermahnwache angemeldet haben. Er erwarte keine Mehrheit gegen den Leitantrag des Bundesvorstandes, deshalb beschränke man sich bewusst auf eine Intervention von außen.

Die von »Sagt nein!« gewählte Aktionsform sagt mehr über ihren Grad der Verankerung aus, als den Initiatoren lieb sein dürfte. Wer kein Delegiertenmandat hat, sich aber trotzdem positionieren möchte, kann das nur von außen tun. Es ist also kein bewusster Verzicht auf die Debatte, eher ein Mangel an Möglichkeiten. Die mangelnde Verankerung könnte das Ergebnis einer fehlerhaften Analyse sein. »Sagt nein!« geht von einer Burgfriedenpolitik der Gewerkschaften aus. Die Gewerkschaften seien »in die Kriegspolitik verstrickt« und insbesondere die Gewerkschaftsführung müsste bekämpft werden.

Aus zwei Gründen führt diese Analyse in die Sackgasse: Zum einen, weil der Begriff »Burgfrieden« ungeeignet ist, um das Agieren der Gewerkschaften einzuordnen. 1914 verzichteten sie bewusst auf Lohnkämpfe, um die Kriegsanstrengungen zu unterstützen. Heute gibt es eine solche Entscheidung nicht. Zwar sind die Bemühungen der Bundesregierung, die Gewerkschaften in den Aufrüstungskurs einzubinden, groß. Aber ob sie erfolgreich sein werden, ist noch nicht ausgemacht.

Zum anderen agieren auch die Gewerkschaften nicht aus freien Stücken, sondern unter Umständen, die sie vorfinden. Ihre Zurückhaltung ist Ausdruck realer Kräfteverhältnisse. Nach dem Strukturbruch in Ostdeutschland, der Krise der Stahlindustrie und dem Niedergang der Kohleindustrie hat sich die Zahl der Mitglieder seit 1990 halbiert. Eine Entwicklung, die sich weiter fortsetzt. Aktuell gehen jeden Monat 10.000 Arbeitsplätze in den gut organisierten Industriezentren verloren. Wer die Gewerkschaften im Lager der Kriegstreiber verortet, verschiebt den Fokus und macht aus Bündnispartnern Gegner.

Das heißt mitnichten, dass wir die Zurückhaltung der Gewerkschaften als alternativlos akzeptieren sollten. Aber brechen wir diese Zurückhaltung auf, indem wir den Keil in die Gewerkschaften treiben? Drei große Gewerkschaftskonferenzen und Hunderte Veranstaltungen überall im Land haben Bewegung in zahlreiche Gremien gebracht. Positionen haben sich verändert. Der Grundstein für die Suche nach Widersprüchen und eine solidarische Debatte ist gelegt. Das nicht zu erkennen heißt, die Möglichkeiten zu übersehen, die wir haben. Der DGB-Bundeskongress ist eine Chance.

→ Ulrike Eifler ist Delegierte des DGB-Bundeskongresses und Mitbegründerin der Initiative »Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg«

<https://www.jungewelt.de/artikel/522291.gewerkschafter-für-frieden-der-dgb-bundeskongress-ist-eine-chance.html>